



Die Gemeindewerke Steinhagen im Spiegel der Zeit von Joachim Wibbing und Martin Goldbeck

In: 750 Jahre Steinhagen 1258-2008 hrsg. von der Gemeinde Steinhagen/
Westf. und dem Heimatverein Steinhagen e.V. 2008

Seite 264-278



Die Belegschaft der
Gemeindewerke

(v.l.n.r.) 4. Reihe: Manuel Scholz, Martin Godt, Andreas Koslowski, Wolfgang Taplick, Thomas Lenge, Dirk Hanswillenkenke, Uwe Berkemann, Georg Herkstrüter;
3. Reihe: Jörg Eblentraut, Sascha Dreweil, Jan Hörmann, Ralf Brinkmann, Stefan Lütgemeier, Michael Hubrig, Hans Neumann, Siegmund Duck;
2. Reihe: Marlies Busse, Thomas Szameitat, Gerd Dudacy, Monika Niemetz, Britta Gross, Kerstin Umbang, Ute Maas, Andreas Gumpert;
1. Reihe: Figen Gücbey, Julia Rellmann, Nina Ott, Lucia Meszaros, GF Martin Goldbeck, Alexandra Heß, Imelda Kania, Uwe Ellerbrake, Ralf Aldenhoff.

Eine moderne kommunale Gemeinde wie Steinhagen wird erst lebenswert durch Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten wie im Hallen- und im Waldbad, durch schulische und kirchliche Einrichtungen, durch medizinische Versorgung und kulturelle Veranstaltungen. Doch genauso wichtig ist eine Grundversorgung mit elektrischer Energie, Trinkwasser, Erdgas, Fernwärme. Dieses Alltägliche ist mittlerweile selbstverständlich geworden und steht rund um die Uhr zur Verfügung. Dass dem so ist, dafür sorgen heute die Gemeindewerke Steinhagen mit einer Vielzahl von Dienstleistungen. Deren Angebotspalette entwickelte sich in den letzten hundert Jahren und jeder Versorgungsbereich hat seine eigene wechselvolle Geschichte. Dies ist Inhalt der folgenden Ausführungen. Die

Elektrifizierung (I) begann vor gut 100 Jahren, die Wasserversorgung (II) wurde 1936 aufgenommen, die Planung einer Fernwärmeversorgung (III) geht auf das Jahr 1965 zurück, das Erdgasnetz (IV) entstand 1971 und der Bäderbetrieb (V) nahm seinen Anfang bereits vor dem 2. Weltkrieg. Bis Ende 2003 wurden die Gemeindewerke Steinhagen in der Rechtsform des „Eigenbetriebs“ geführt. Einzelne Sparten wurden anfänglich auch bei Abteilungen der Gemeindeverwaltung angesiedelt, als Genossenschaft oder als Betriebe gewerblicher Art geführt. Am 1. Januar 2004 wurde die Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung vollzogen. Die Gesellschaftsanteile der Gemeindewerke Steinhagen werden zu 100 % von der Gemeinde Steinhagen gehalten.

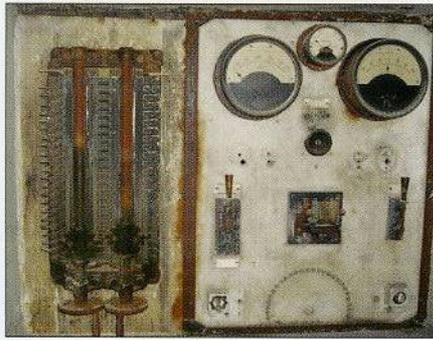
I. Die Stromversorgung

Nach den technischen Innovationen des 19. Jahrhunderts, wie zum Beispiel der Dynamomaschine durch Werner von Siemens, waren die Voraussetzungen für die Stromerzeugung geschaffen worden. Überall im Lande entstanden Kabelnetze, um die elektrische Energie in die Häuser und die Fabriken zu bringen. Die Menschen konnten Abschied von Öllampen, Kienspänen oder Kerzenlicht nehmen.



Kienspanhalter, mit einem Holzspan erleuchteten die weniger wohlhabenden Menschen ihre Wohnungen.

Zu den ersten Betrieben im Raum Steinhagen, die elektrischen Strom erzeugten, gehörte die Mühle Krullmann auf dem Ströhn. 1895 nahm sie den Mahlbetrieb zunächst mit einem Sauggasmotor auf. Später erfolgte der Antrieb durch einen Schwerölmotor. Die Mühle war bekannt für das Mahlen von Haferflocken und Futterschrot. Die überschüssige Energie, die nicht für das Mahlwerk Verwendung fand, wurde in Strom umgewandelt. Eine Regeleinheit für den Eigenstromgewinn mit einer alten Schalttafel vermittelt einen Blick in diese frühe Zeit. „Wir waren wohl die ersten auf dem Ströhn, die elektrisches Licht hatten“, erinnert sich der heutige Besitzer Bernd Krullmann. Die Energie für Mühle und Wohnhaus kam aus



*Die historische Schalttafel
aus der Mühle Krullmann*

einem großen, liegenden Motor, der mit Schweröl betrieben wurde. Der Kolbendurchmesser betrug 25 Zentimeter, das Schwungrad war 1400 Kilogramm schwer und hatte einen Durchmesser von 1,80 Meter. Über einen Riemen war es mit der Welle verbunden, an der sich die Antriebe für die Mühlsteine befanden. Davon wurde auch der Dynamo angetrieben, der seinerseits den Strom in etwa 130 Akkumulatoren à zwei Volt lieferte. „Damit hatten wir etwa zwei Tage Licht, auch wenn die Mühle am Wochenende still stand“, führt Bernd Krullmann aus. Dabei handelte es sich um Gleichstrom. „Oft musste man den Stecker erst einmal umdrehen, damit der Kontakt richtig saß und aus dem Radio ein Ton herauskam“, so der Mühlenbesitzer. Später wurden Mühle und Wohnhaus an das öffentliche Wechselstromnetz angeschlossen.

In Steinhagen selbst gehörten die Brennereien König und Schlichte zu den Vorreitern der Elektrizitätserzeugung. Sie begannen im Herbst 1900 mit dem Bau von eigenen Stromanlagen. Im folgenden Jahr konnten beide Betriebe erstmals Elektrizität, Gleichstrom mit 110 Volt, im Produktionsprozess einsetzen. In dieser Anfangszeit hat die frühere Firma C.W. Tasche, die sich selbst als „Brennerei des echten Steinhäger“ bezeichnete, ebenfalls Strom erzeugt.

Weil sich die Verwendungsmöglichkeiten des elektrischen Stromes immer weiter herum sprachen, entstand auch in Steinhagen eine flächendeckende Stromversorgung, als im Jahre 1920 eine „Elektrizitäts-Strombezugsgenossenschaft e.G.m.b.H.“ elektrische Energie bei der Firma H.W. Schlichte bezog und über ein Freileitungsnetz in die angeschlossenen Häuser verteilte. Die Genossenschaft regelte die Angelegenheiten der örtlichen Stromversorgung gemeinschaftlich. Am 1. Dezember wurden jeweils die Zähler abgelesen, damit die Abrechnung erfolgen konnte. Der Ableser Mensing, der seinen Posten ehrenamtlich versah, kassierte persönlich das Geld. Damit ihm „nicht unnötige Schwierigkeiten bereitet“

würden, war „unbedingt dafür Sorge zu tragen, dass das nötige Geld für den verbrauchten Strom bereit“ lag, so die Bitte des Vorstandes.

Anfang 1925 bildeten folgende 54 Mitglieder die Genossenschaft: Firma H.W. Schlichte, Otto Brinkmann, Wilhelm Vogt, Wilhelm Dopheide, Gustav Cronsholl, Wilhelm Reckmeyer, Ludewig Gäse, Hermann Riepe, Wilhelm Tüscher, Fritz Beckmann, Hermann Dahlkötter, die Schulgemeinde mit den Bevollmächtigten Cronsholl und Ellerbrake, Carl Volkmann, Gustav Kniepkamp, Wilhelm Striethörster, die Kirchengemeinde mit den Bevollmächtigten Herkströter und Schürmann, Elise Göbel, Ernst Göbel, Emma Ellerbrake, Heinrich Herkströter, Wilhelm Bussberg, Hermann Mensing, Auguste Heckewerth, die Spar- und Darlehnskasse, Fritz Heitland, Fritz Timmerhans, Heinrich Lütgemeyer, Heinrich Fohrmann, Wilhelm Jakob, Wilhelm Linnert, Theo Ridderbusch, Willy Schwanke, Ludwig Schopper, Johanne Reelmann, August Pott, Hermann Goldbeck, Wilhelm Gläsker, August Deppe, Wilhelm Büddecke, Fritz Ordelleide, Karl Brinkmeyer, Wilhelm Harde, die Ortsgemeinde mit den Bevollmächtigten Cronsholl und Ellerbrake, Wilhelm Theilmann, August Bohnenkamp, Karl Schröder, Wilhelm Knufinke, Heinrich Eggert, Heinrich Vahrenholt, E. Reichelt, Witwe Dieckmann, Füchtemann und Ritterbusch.

Um die Verteilung des Stromes in die Häuser sicherzustellen, musste ein Gleichstromnetz aufgebaut werden, denn Wechselstrom konnten die Anlagen bei der Firma Schlichte noch nicht produzieren. Die Arbeiten dazu erledigte die 1887 gegründete Firma H. Schwanke aus Steinhagen, die in verschiedenen Bereichen tätig war, wie ihr Briefkopf anschaulich zeigt: „Installationen für Gas-, Wasser-, Heizungs-, elektrische Licht- und Kraftanlagen/ Bauklempnerei/ Haus- und Küchengeräte, Wasch-, Wring-, Mangelmaschinen/ Nähmaschinen und Fahrräder/ Moderne Beleuchtungs-Gegenstände“. Der Anschluss eines Hauses kostete 1920 die verhältnismäßig hohe Summe von 600 Mark. Diese war an die Genossenschaft zu zahlen. Die Ortsgemeinde selbst schloss 6 Lampen für die Straßenbeleuchtung an und zahlte dafür 630 Mark. Ein ausgebildeter Facharbeiter verdiente damals 53,3 Pfennige in der Stunde.

Doch das neue Stromversorgungsnetz stand unter keinem guten Stern. Schon bald stellten sich die ersten Versorgungsprobleme ein. Am 10.11.1922 erfuhren die Genossenschaftsmitglieder lapidar, „dass die Stromzulieferung von heute ab etwa auf die Dauer von 3 Wochen infolge Reparaturen an der elektrischen Lichtanlage, welche die Firma H.W. Schlichte vornehmen lässt, nur bis 9 Uhr Abends erfolgen“ könne.

Im folgenden Jahr wirkte sich die Besetzung des Ruhrgebietes nachteilig auf die Stromversorgung Steinhagens aus. Alliierte Truppen waren ins Ruhrrevier einmarschiert, um für die pünktliche Ablieferung der Reparationsleistungen, die im Versailler Friedensvertrag festgelegt worden waren, Sorge zu tragen. Große Mengen Kohle gingen somit an die Sieger im 1. Weltkrieg und standen in Deutschland nicht mehr zur Verfügung. H.W. Schlichte musste deshalb der Bezugsgenossenschaft mitteilen, dass er sich „gezwungen sehe, vom 15.1. ab bis auf weiteres ab Abends 8 ½ Uhr bis Morgens 7 Uhr die Stromleitung auszuschalten“. Außerdem forderte er die Stromabnehmer dringend auf, „größte Sparsamkeit in der Abnahme des Lichtes walten zu lassen, da im anderen Falle eine frühzeitige, bzw. vollkommene Sperrung des Stromes eintreten“ würde. Die Genossenschaft argumentierte, dass die Kohlenlieferungen ja in erster Linie für die Stromerzeugung gedacht seien – der Brennereibetrieb sei zur Zeit zweitrangig - und dass aufgrund des allgemeinen Bedrohungsgefühls in der Bevölkerung unbedingt Strom in der Nacht angeboten werden müsse. Allerdings führten auch Versäumnisse und Fehler bei der Genossenschaft dazu, dass das Verhältnis zu Schlichte zunehmend schlechter wurde. So konnte das Stromgeld für Dezember 1922 nicht rechtzeitig abgerechnet werden, weil „infolge eines Irrtums der Techniker bei dem Neuanschluss des Ortsnetzes an die umgebaute Akkumulatoren-Batterie ein Teil der Zähler des Ortsnetzes rückwärts gelaufen, ein anderer Teil stehen geblieben“ war. Auch monierte Schlichte Manipulationen an Zählern und Sicherungen, die ihrerseits für schädliche Entladungen der Batterie verantwortlich seien. So wären immer wieder teure Reparaturen daran erforderlich. Auch Anfang Dezember 1924 hatte die Batterieanlage versagt und die Mitglieder der Genossenschaft protestierten ganz entschieden, als wieder einmal Sonntag abends der Strom ausgeschaltet wurde. Es erfolgte die dringende schriftliche Bitte an Schlichte, für eine vertragsgemäße Versorgung Sorge

zu tragen. Der Wirt Rudolf Reckmeyer drohte mit Regressforderungen wegen seines Verdienstausfalls. Ferner stellte die Genossenschaft fest: „Der zwischen Ihnen (Schlichte) und der Genossenschaft bestehende Vertrag sieht als Grund zur Stromausschaltung nur höhere Gewalt, bzw. unvorhergesehene Betriebsstörungen vor“. An den beiden letzten Sonntagen seien jedoch weder höhere Gewalt, noch eine unvorhergesehene Betriebsstörung, sondern lediglich eine ungenügende Batterieladung Ursache für die Stromabschaltung gewesen. Deshalb wurde eine ordnungsgemäße Stromversorgung dringend gefordert, sonst sähe man sich gezwungen, „in Zukunft bei Wiederholung derartiger Maßregeln durch Erwirkung einer einstweiligen gerichtlichen Verfügung eine ordnungsmäßige Stromzuführung zu sichern.“ Die Batterieanlage spielte offensichtlich für das Stromnetz Steinhagens eine zentrale Rolle, denn nur sie allein stellte eine kontinuierliche Versorgung für die Zeit sicher, in der der Generator der Firma Schlichte aufgrund der Ruhezeiten nicht in Betrieb war.

Auch konnten die ursprünglich vereinbarten Strompreise nicht gehalten werden. Schlichte schrieb im November 1923 an die Strombezugsgenossenschaft: „Zu meinem Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass ich nicht mehr in der Lage bin, Ihnen den elektrischen Strom für 50 Goldpfennige per Kilowattstunde abzugeben“. Aufgrund der Ruhrbesetzung und der damit einhergehenden Teuerung hatte sich der Kohlepreis erheblich erhöht. Auch musste Schlichte wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation „an 3 Tagen der Woche Feierschichten einlegen“, so dass an eine gewinnbringende Produktion nicht zu denken war. Deshalb sah er sich gezwungen, „infolge der gestiegenen Unkosten einen Lichtpreis von 1,50 Goldmark zu“ verlangen. Damit war der neue Preis, nachdem er am Ende der Hochinflationszeit im November 1923 bei gut 200 Milliarden Mark für eine Kilowattstunde gelegen hatte, wieder auf einem realen, aber dreifach höheren Niveau als zuvor angelangt.

Ursprünglich war hinsichtlich des Strompreises eine Orientierung an dem der Stadt Halle vorgesehen. Später allerdings führte die Firma Schlichte an, dass der jeweilige Strompreis nur zwischen dem Firmeninhaber und dem Vorstände der Genossenschaft vereinbart würde. Der Preis in Steinhagen

lag mittlerweile erheblich über dem der Stadt Halle, was mit den hohen Reparaturkosten für die immer wieder defekte Batterieanlage begründet wurde.

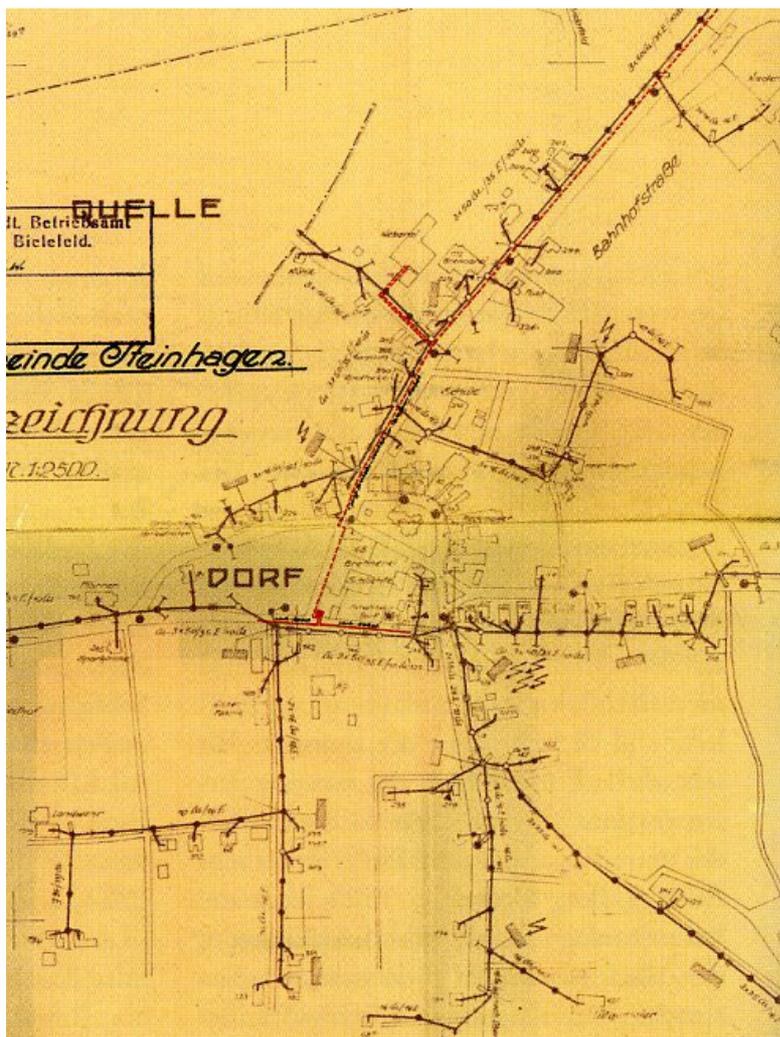
Ein zentrales Problem bei der Stromversorgung durch die Firma Schlichte bestand darin, dass die Brennerei lediglich Strom für die Firmenarbeitszeiten benötigte. Für die öffentliche Versorgung wurde aber auch abends und am Sonntag elektrische Energie verlangt. „Sie müssen bedenken, dass ich sämtliche 4 Sonntage im Monat extra für Sie anheizen lasse“, bringt Schlichte das Problem 1924 auf den Punkt. Der Generator musste zusätzlich jeweils bis 11 Uhr in Betrieb sein. Ginge es nur um die reinen Firmenbelange hätte er den Schluss des Betriebes bereits „Sonabend nachmittags um $\frac{3}{4}$ 4 Uhr“ festsetzen können. „Nur um der Lichtversorgung des Ortes zu genügen“, müsse auch dann „wenigstens bis $\frac{1}{2}$ 6 Uhr die Maschine laufen“.

Wie abhängig die Stromversorgung auch vom Heizer bei der Firma Schlichte damals war, veranschaulicht eine Geschichte von Frau Winifred Schlichte. Eine Hochzeitsgesellschaft feierte beim Wirt Reckmeyer im Hotel „Zur Post“. Der Firmeninhaber fragte seinen Heizer, ob „sie sich schon was merken lassen“ hätten. Hatte die Gesellschaft nicht, „dann solle er, der Heizer Koch, doch etwas weniger heizen.“ Als daraufhin das Licht nachließ, kamen die Gäste, brachten Essen und Getränke, damit der Strom wieder floss.

So war es aufgrund der Widrigkeiten bei der Stromversorgung nur zu nahe liegend, an eine zukünftige Lieferung durch das Städtische Betriebsamt Bielefeld, den heutigen Stadtwerken, dem damals größten Stromerzeuger in der näheren Umgebung, zu denken. Schlichte selbst hielt es bereits im Juni 1924 „für richtig, dass dem Projekt der Versorgung mit Elektrizität durch das Elektrizitätswerk Bielefeld näher getreten wird, da ja ich nicht in der Lage bin, sämtlichen Gewerbetreibenden und deren sind sehr viele, welche heute mit Kraft versehen werden wollen, zu dienen.“ Das zentrale Problem des anfänglichen Ortsnetzes Steinhagen bestand in der „Insellösung“. Es wurde lediglich Strom für einen sehr begrenzten Abnehmerkreis erzeugt. Eine unterbrechungsfreie Versorgung erforderte

aber eine Stromerzeugung rund um die Uhr. Dies erwarteten die Abnehmer je mehr sie elektrische Geräte in Haus und Betrieb einsetzten. Nur ein größeres Kraftwerk mit einem entsprechenden Einzugsbereich – in diesem Falle das in Bielefeld – konnte daher für die gewünschte Versorgungssicherheit eintreten: Eine Tendenz, die damals überall im Lande zu beobachten ist. Größere Stromerzeugungseinheiten verdrängen die kleineren, dezentralen.

Anfang 1924 hatte bereits die Genossenschaft bei der Gemeinde den Antrag gestellt, mit dem Elektrizitätswerk Bielefeld über die Lieferung von Strom zu verhandeln. Dies sollte sich jedoch noch weit mehr als ein Jahr hinziehen. Die Firma Schlichte beschloss definitiv die Stromversorgung im September 1925 zu beenden, weil sie sich nicht in der Lage sähe, auch nach dem 30. September der Gemeinde noch Strom zu überlassen.



Lageplan Stromortsnetz 1925/26

Dass das Städtische Betriebsamt Bielefeld nunmehr Strom nach Steinhagen liefern konnte, war erst mit dem Bau eines Drehstromwerkes im Jahre 1912 auf dem Werksgelände an der Schildescher Straße technisch überhaupt möglich geworden, denn Gleichstrom hätte man nicht über eine solche räumliche Distanz leiten können. Bis zum Anschluss Steinhagens hatten bereits mehrere Gemeinden aus dem Landkreis Stromlieferverträge mit dem Betriebsamt abgeschlossen. Bis 1924 kamen auf diese Weise die Gemeinden Lämershagen, Quelle, Isselhorst, Hollen, Holtkamp, Friedrichsdorf, Dalbke, Heepen und Isingdorf an das Netz. 1926 wurden noch Deppendorf und Schröttinghausen, 1929 Künsebeck und Amshausen angeschlossen.

Die Gemeinde Steinhagen und das Betriebsamt fixierten ihre Zusammenarbeit in einem Konzessionsabgabenvertrag vom 4. April 1925. Für die bis 2004 bestehende Aufgabenteilung hinsichtlich der Betreuung von Groß- und Haushaltskunden wurde darin bereits die Grundlage gelegt. Wohlgemerkt: Ein Großkunde war 1925, wer mehr als 12.000 kWh pro Jahr verbrauchte. Das entspricht in etwa dem heutigen Durchschnittsverbrauch von drei bis vier Familien. Da die frühere Strombezugsgenossenschaft nunmehr ausgedient hatte, liegen in dieser Zeit auch die Wurzeln des „Eigenbetriebs“ der Gemeinde Steinhagen, dem Vorläufer der heutigen Gemeindewerke.

Bis Ende 1925 waren die erforderlichen Arbeiten für die Überlandleitung von Bielefeld nach Steinhagen weitgehend abgeschlossen. So konnte das Städtische Betriebsamt eine Rechnung über 16.057 Meter Hochspannungskabel verschiedener Querschnitte ausstellen. Die Gemeinde hatte dafür 72.027,99 Mark in monatlichen Beträgen von 5.000 Mark zu überweisen. Die Gesamtausgaben für das Ortsnetz waren noch weitaus höher: Demnach entstanden mit Straßenbeleuchtung, Zählern, Steinen, Arbeitslohn, Transformatorenhäusern, Kabeln, Kandelabern für öffentliche Beleuchtung, Anbringen der Zähler, Schaltuhr, Transformatorenschalter, zwei Doppeltarifzählern 320.173,00 Mark Kosten. Die Anschlussgebühren trugen nur teilweise zur Begleichung bei. Der Gemeinderat orientierte sich dabei nicht an den tatsächlichen Kosten, sondern war eher an einem möglichst großen Abnehmerkreis interessiert. In Steinhagen wurden 252 Lichtanschlüsse zu 275,00 Mark und 103 Kraftanschlüsse für 550,00 Mark

ausgeführt. Um die finanzielle Belastung der einzelnen Haushalte erträglich zu halten, war eine monatliche Ratenzahlung von 20 bzw. 40 Mark möglich.

Die Stromlieferung selbst regelte ein Vertrag vom Jahresende 1925 zwischen dem Betriebsamt und der Gemeinde Steinhagen: die Gemeinde stellte alle notwendigen Straßen, Wege und Brücken für die erforderlichen Anlagen zur Verfügung. Das Städtische Betriebsamt hatte „das ausschließliche Recht, das gesamte Gemeindegebiet mit elektrischer Arbeit zu versorgen“. Die Gemeinde ihrerseits musste, um als Hochspannungsabnehmer zu gelten, garantieren jährlich mindestens 12000 kWh abnehmen. Bereitgestellt vom Betriebsamt wurde Hochspannung von etwa 6000 Volt. Die Lieferung und die Montage der Kabel sowie der Hochspannungsanlagen hatte ausschließlich durch das Betriebsamt zu erfolgen, die erforderlichen Erd- und Maurerarbeiten hatte die Gemeinde zu erledigen. Möglichen Überlastungen der Leitungen wurde ebenfalls vertraglich vorgebeugt. So war die Entnahme elektrischer Arbeit zum Dreschen in den Wintermonaten vom 1. November bis einschließlich 31. Januar von nachmittags 4 Uhr an verboten. Die Dreschmaschinen hatten bei



Ein Trafohäuschen wird im Landkreis Bielefeld installiert.

großen Umdrehungen viel Masse zu bewegen und benötigten deshalb große Mengen Strom. Da war es nur konsequent, deren Einsatz in der dunklen Jahreszeit, in der ohnehin mehr elektrische Energie verbraucht wurde, zu untersagen. Der Vertrag zwischen dem Betriebsamt und der Gemeinde Steinhagen wurde auf zehn Jahre geschlossen und verlängerte sich automatisch um 5 Jahre, wenn er nicht zwei Jahre vor dem Ablauf gekündigt wurde.

Die Steinhagener verbrauchten zunächst nur äußerst zurückhaltend Strom. Zwischen November 1925 und März 1926 pendelte der monatliche Verbrauch im Ortsnetz nur zwischen 5159 kWh und 7779 kWh. Damit galt die Gemeinde nicht als Großabnehmer. Die dadurch entstandenen Mehrkosten musste sie wohl oder übel tragen. Damit wuchsen die finanziellen Belastungen weiter. Um die Finanzsituation insgesamt zu entspannen, nahm die Gemeinde schließlich im Jahre 1928 einen langfristigen Kredit bei der Landesbank für die Provinz Westfalen in Münster auf. Höhere Strompreise kamen aber nicht in Frage, darüber war man sich in der Gemeindevertretung einig. Vielmehr müsse man „durch Werbung versuchen, dass nach Möglichkeit alle noch nicht angeschlossenen Abnehmer so bald als möglich anschließen und damit eine höhere Stromabnahme erzielt wird.“ Auf keinen Fall aber dürften die Strompreise erhöht werden, denn dadurch würde gerade das Gegenteil erreicht. Einige wenige Abnehmer, die auf den Strom angewiesen wären, würden weiterhin elektrische Energie beziehen. Alle Anderen aber würden sich noch mehr einschränken oder „zu anderen billigeren Beleuchtungsmitteln zurückkehren“. Auch stände ein solches Verfahren im schroffsten Gegensatz zu dem Vorhaben, die Elektrizität auf dem Lande weiter zu verbreiten.

Die elektrische Beleuchtung der Häuser war für die Menschen damals etwas absolut Neues. „Wir kannten doch kein elektrisches Licht“, so erinnert sich Ewald Kindermann, geboren im November 1912, noch an seine frühe Jugendzeit in Obersteinhagen. Er wuchs auf im elterlichen Haus an der Lange Str. 55, die damals noch ein reiner Feldweg war. Zum Haus gehörten eine Kuh, ein Schaf und sechs Schweine. Erst 1923 wurde die Lange Straße befestigt. Zur Beleuchtung standen immer zwei bis drei Sturmlampen, die

mit Petroleum betrieben wurden, in der Deele. „Und wenn man zum Klosett ging, da brauchte man keine Lampe, das fand man so“, schmunzelt Ewald Kindermann. 1925/26 wurden dann Masten für den Strom gesetzt und der Leitungsdraht wurde gezogen. „Auf einmal war alles hell erleuchtet“, die Menschen hatten so etwas noch nicht gesehen. Allerdings wurde am Stromverbrauch gespart: „Man hatte doch kein Geld“. Der Vater verdiente 35,00 Mark in der Woche. 10- und 15-Watt-Glühbirnen waren deshalb im Einsatz. Als erstes elektrisches Haushaltsgerät wurde ein Herd angeschafft. „Radio wollte der Vater nicht“, so Ewald Kindermann. Aber ein freundlicher Nachbar hatte einen Empfänger und ließ die Kinder mithören. Eine Milchzentrifuge wurde mit Lichtstrom betrieben, manche der benachbarten Bauern hatten dafür einen speziellen Kraftstromanschluss.

Johanna Cronsholl, Jahrgang 1910, berichtet, daß ihr Vater, der damalige Gemeindevorsteher, vor der Einführung des elektrischen Lichtes zwei Petroleumlampen in seinem Arbeitszimmer hatte.



An die Zeit vor dem elektrischen Licht erinnert sich auch noch **Johanna Cronsholl** lebhaft, die im September 1910 geboren wurde. Ihr Vater war damals Gemeindevorsteher in Steinhagen. Er hatte in seinem Arbeitsraum noch eine hängende und eine stehende Petroleumlampe. Immer wieder samstags mussten die Zylinder und die Spiegel geputzt werden. Das erforderliche Öl lieferte der benachbarte Bäcker Dopheide.

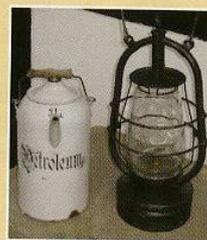
Ewald Kindermann, Jahrgang 1912, erinnert sich noch gut daran, als das erste elektrische Licht sein Elternhaus erleuchtete.



Die elektrische Beleuchtung der Häuser war für die Menschen damals etwas absolut Neues.

„Wir kannten doch kein elektrisches Licht“, so erinnert

sich **Ewald Kindermann**, geboren im November 1912, noch an seine frühe Jugendzeit in Obersteinhagen. Er wuchs auf im elterlichen Haus an der Lange Str. 55, die damals noch ein reiner Feldweg war. Zum Haus gehörten eine Kuh, ein Schaf und sechs Schweine. Erst 1923 wurde die Lange Straße befestigt. Zur Beleuchtung standen immer zwei bis drei Sturmlampen, die mit Petroleum betrieben wurden, in der Deele. „Und wenn man zum Klosett ging, da brauchte man keine Lampe, das fand man so“,



schmunzelt Ewald Kindermann. 1925/26 wurden dann Masten für den Strom gesetzt und der Leitungsdraht wurde gezogen. „Auf einmal war alles hell erleuchtet“, die Menschen hatten so etwas noch nicht gesehen. Allerdings wurde am Stromverbrauch gespart: „Man hatte doch kein Geld“. Der Vater verdiente 35 Mark in der Woche. 10- und 15-Watt-Glühbirnen waren deshalb im

Einsatz. Als erstes elektrisches Haushaltsgerät wurde ein Herd angeschafft. „Radio wollte der Vater nicht“, so Ewald Kindermann. Aber ein freundlicher Nachbar hatte einen Empfänger und ließ die Kinder mithören. Eine Milchzentrifuge wurde mit Lichtstrom betrieben, manche der benachbarten Bauern hatten dafür einen speziellen Kraftstromanschluss.

An die Zeit vor dem elektrischen Licht erinnert sich auch noch Johanna Cronsholl lebhaft, die im September 1910 geboren wurde. Ihr Vater war

damals Gemeindevorsteher in Steinhagen. Er hatte in seinem Arbeitsraum noch eine hängende und eine stehende Petroleumlampe. Immer wieder samstags mussten die Zylinder und die Spiegel geputzt werden. Das erforderliche Öl lieferte der benachbarte Bäcker Dopheide.

Brockhagen ging in der Stromversorgung im Gegensatz zu Steinhagen zunächst eigene Wege und bemühte sich 1924 um den Anschluss an das Netz der Nike, einem niedersächsischen Versorger. Sie beauftragte das Installationsbüro Tönsing, die Gemeinde elektrisch zu vernetzen. Die Anlage sollte bereits Anfang August 1924 betriebsfertig sein. Der Termin war jedoch nicht zu halten. Nach einigen Schwierigkeiten sowie mehreren Nachbesserungen war die neue Anlage erst im Januar 1925 vorschriftsmäßig installiert. Nach dem sich die Verhandlungen mit der Nike zerschlagen hatten, ging Brockhagen in diesem Jahr ebenfalls an das Netz des Bielefelder Betriebsamtes.

Die Strompreise waren anfangs noch – verglichen mit heute – exorbitant hoch. Nach einem Beschluss der Gemeindevertretung Steinhagen vom 12. November 1925 sollte der Strompreis für Licht 50 Pfennige pro kWh, für Kraft 25 Pfennige und die monatliche Zählermiete 50 Pfennige betragen. Damit kostete eine Kilowattstunde Beleuchtungsstrom soviel, wie ein Metallarbeiter in einer Stunde verdiente.

Im Jahre 1931 kam erstmals der Wunsch eines Großabnehmers nach einem Sondertarif auf. Die Mechanische Weberei Niemann & Harde KG in Steinhagen, die Leinen-, Halbleinen-, und Baumwollwaren herstellte, bat um einen speziellen Nachttarif. Kein Industrieunternehmen in einer anderen Gemeinde zahle den Lichtpreis von 50 Pfennigen. „Da wir die Absicht haben, in diesem Jahre noch unseren Betrieb auszubauen und durch die Ausbaugung unseres Betriebes ja der Gemeinde von uns noch größere Mittel zukommen, hoffen wir bestimmt, dass die Gemeinde unseren Wünschen nachkommt“, so die Firmenleitung. Man scheute sich auch nicht zu drohen: „Im ablehnenden Falle wären wir gezwungen, über kurz oder lang unseren Betrieb nach Bielefeld zu verlegen, zumal in der heutigen schlechten wirtschaftlichen Lage in der Textil-Industrie für verhältnismäßig wenig Geld in Bielefeld und näherer Umgebung Unternehmungen unserer

Art genügend freistehen.“ Die Gemeinde stand dem Ansinnen anfänglich ablehnend gegenüber, fürchtete man doch geringere Einnahmen, die ihrerseits die Abzahlung des aufgenommenen Darlehns verzögern würden. Das Städtische Betriebsamt schlug dagegen einen Industrie-Tarif von 12 Pfennigen vor, allerdings für den Kraftstrom, der immer dann greifen sollte, wenn 13.000 kWh oder mehr im Jahr abgenommen würden. Im April desselben Jahres wurde die Firma nochmals vorstellig: Wegen hoher Strompreise habe man die dritte Schicht aufgeben müssen, 15 Arbeiter und Arbeiterinnen seien dadurch arbeitslos geworden, diese fielen nun der Gemeinde zur Last. Da mittlerweile die Firma jährlich zwischen 25.000 und 30.000 kWh verbrauchte, wurde der Preis für Kraftstrom auf 10 Pfennige pro kWh nochmals herab gesetzt. Allerdings benötigte die Firma inzwischen soviel elektrische Energie, dass es zeitweise zu Stromausfällen kam. Andererseits war es aber aus technischen Gründen nicht möglich, noch stärkere Querschnitte bei den Kabeln zu verlegen, so dass „mit Schwankungen des Lichtes in der Winterszeit weiter gerechnet werden“ musste. Um eine durchgängig sichere Versorgung herzustellen, hätten Kabelquerschnitte verwendet werden müssen, die die Freileitungsmasten nicht mehr tragen konnten.

Einen großen Fortschritt machte die Netztechnik, als 1934 erstmals eine Starkstromleitung in Steinhagen und Amshausen im Tiefbau verlegt wurde. Dies muss im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Energiepolitik gesehen werden, die auf den Aufbau leistungsstärkerer und sicherer Stromnetze abzielte. Ab diesem Jahr durfte die Gemeinde Steinhagen auch die Arbeiten im Ortsnetz in eigener Regie erledigen. Das Städtische Betriebsamt trat von dem Recht der alleinigen Ausführung zurück.

Fünf Jahre später schlossen die Gemeinde und das Betriebsamt nach den guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit einen Konzessionsabgabenvertrag mit 30 Jahren Laufzeit. Gleichlautende Verträge wurden auch mit den zu diesem Zeitpunkt noch selbständigen Gemeinden Brockhagen und Amshausen geschlossen. Damit verbunden waren deutlich höhere Einnahmen für die Gemeinden und erstmals sanken die kommunalen finanziellen Belastungen für das Ortsnetz.



An diese Nachkriegszeit erinnert sich *Kurt Hermjakob*, der von 1956 bis 1993 Betriebsleiter des Eigenbetriebs Steinhagen war. Er kam 1950 zur Gemeinde, hatte vorher eine Ausbildung als Elektriker, beim Elektromeister Fastabend in Brackwede absolviert. Von 1952 bis 1954 lernte er als Volontär bei den Stadtwerken und fuhr dazu täglich mit dem Moped von Steinhagen nach Bielefeld. Er kann sich erinnern, dass um 1945 noch nicht alle Häuser in Steinhagen einen Stromanschluss hatten. Die Neuanlagen führten damals die Stadtwerke Bielefeld direkt durch. Anträge auf einen Anschluss konnten beim Lehrer der Dorfschule gestellt werden. Nach seinen Erinnerungen herrschten zumeist die Freileitungen vor, lediglich am Kirchplatz gab es bereits im Boden verlegte Kabel. Eine öffentliche Straßenbeleuchtung gab es um 1956 nur an einigen wenigen Straßenkreuzungen. Später wurde diese natürlich bei allen Straßenbauvorhaben gleich mit vorgesehen. Der Stromverbrauch stieg in den 60-er und 70-er Jahren jährlich um 10 % wegen neuer elektrischer Geräte, so Hermjakob. Die Bauernhöfe setzten weiter verstärkt Strom ein. Erstmals wurden örtliche Tiefkühlanlagen eingerichtet, so auf dem Ströhn, an der Bahnhofstraße und in Obersteinhagen. Eine davon ist noch heute in Betrieb.

Von kriegsbedingten Schäden blieb das Steinhagener Stromnetz weitgehend verschont. Auch wirkten sich die Beschädigungen am Bielefelder Kraftwerk Ende September 1944 durch alliierte Bombenangriffe nicht besonders nachteilig aus, weil seit 1941 aufgrund des nationalsozialistischen Energiewirtschaftsgesetzes ein Anschluss an das überregionale Stromverbundnetz bestand. Etwaige Ausfälle konnten durch andere Energielieferanten somit ausgeglichen werden. In den Kriegsjahren hatte allerdings extremer Kupfermangel geherrscht. Um diesem zu begegnen, hatte man die vorhandenen Leitungen gegen „daumendicke“ Eisenleitungen ausgetauscht.

Die Jahre nach dem 2. Weltkrieg sind von einer stetigen Zunahme des Stromverbrauchs und einer Ausweitung des Netzes gekennzeichnet. Zunächst mussten umfangreiche Investitionen getätigt werden. So wurde allein in Steinhagen in den Jahren zwischen 1953 und 1959 das Anlagevermögen aus dem Netzausbau durch den Austausch der Eisen- gegen Kupferleitungen auf 556.000 DM fast verdreifacht.

An diese Nachkriegszeit erinnert sich Kurt Hermjakob, der von 1956 bis 1993 Betriebsleiter des Eigenbetriebs Steinhagen war. Er kam 1950 zur Gemeinde, hatte vorher eine Ausbildung als Elektriker, beim Elektromeister Fastabend in Brackwede absolviert. Von 1952 bis 1954 lernte er als Volontär bei den Stadtwerken und fuhr dazu täglich mit dem Moped von Steinhagen nach Bielefeld. Er kann sich erinnern, dass um 1945 noch nicht alle Häuser in Steinhagen einen Stromanschluss hatten. Die Neuanlagen führten

damals die Stadtwerke Bielefeld direkt durch. Anträge auf einen Anschluss konnten beim Lehrer der Dorfschule gestellt werden. Nach seinen Erinnerungen herrschten zumeist die Freileitungen vor, lediglich am Kirchplatz gab es bereits im Boden verlegte Kabel. Eine öffentliche Straßenbeleuchtung gab es um 1956 nur an einigen wenigen Straßenkreuzungen, so erinnert sich Hermjakob. Später wurde diese natürlich bei allen Straßenbauvorhaben gleich mit vorgesehen. Der Stromverbrauch stieg in den 60-er und 70-er Jahren jährlich um 10 % wegen neuer elektrischer Geräte, so Hermjakob. Die Bauernhöfe setzten weiter verstärkt Strom ein. Erstmals wurden örtliche Tiefkühlanlagen eingerichtet, so auf dem Ströhn, an der Bahnhofstraße und in Obersteinhagen. Eine davon ist noch heute in Betrieb.

Im Zuge der Gebietsreform 1970/73 wurde die Stromversorgung Brockhagens in die Strom- und Wasserversorgung Steinhagens integriert. Damit stieg das Anlagevermögen nunmehr auf knapp 2,8 Millionen DM. 20 Trafostationen aus Brockhagen kamen zu den 31 aus Steinhagen hinzu. Der Stromabsatz betrug 1973 insgesamt fast 26 Millionen kWh und hatte sich damit seit 1956 versiebenfacht. Der fusionierte Betrieb zählte nun insgesamt 15 Mitarbeiter. Der Betriebsleiter und sein Stellvertreter koordinierten die Arbeit eines Angestellten, von zwei Ablesern und Kassieren, sowie sieben Strom- und drei Wassermonteuren.

Die 70-er und 80-er Jahre waren von Netzausbau und –erneuerung geprägt. Besonderes Augenmerk wurde auf die Verlegung der Versorgungskabel unter die Erde gelegt, um die Störanfälligkeit zu vermindern. Am 18. Mai 1988 konnte so der letzte Freileitungsmast für Hausanschlüsse im eigentlichen Gemeindegebiet Steinhagen – ohne Brockhagen und Amshausen - demontiert werden. In den 80-er Jahren kamen besonders die Nachtspeicheröfen im Bereich Amshausen in Mode, um eine zusätzliche Absatzmöglichkeit für die Grundlast zu erzeugen. Der Anstieg des Stromabsatzes verlangsamte sich von 1973 bis 1989 und lag „nur noch“ bei 3 % jährlich. Sparsamere Geräte bewirkten eine Endkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und stetig steigendem Strombedarf. Zu Beginn der 90-er Jahre wurden in Steinhagen fast 39 Millionen kWh jährlich verbraucht.

Anfang 1990 wurden für 2,5 Millionen DM von den Stadtwerken Bielefeld 13 Trafostationen, 17,6 km Freileitung mit 200 Hausanschlüssen und 17,2 km Kabelnetz mit 447 Hausanschlüssen übernommen. Dies stellt die „erste echte Netzübernahme“ der Gemeindewerke dar. Die Folgejahre wurden genutzt, um auch das Freileitungsnetz in Amshausen vollständig auszutauschen und mehrere Neubaugebiete zu erschließen. Der Anstieg des Stromabsatzes lag zwischen 1990 bis 2003 nur noch bei 1,5 % im Jahr. Knapp 54 Millionen kWh wurden 2003 verbraucht. Der Eigenbetrieb der Gemeinde Steinhagen wurde in eine GmbH überführt. Am 1. Januar 2004 erwarben die Gemeindewerke Steinhagen das Mittelspannungsnetz von den Stadtwerken Bielefeld für knapp 5,4 Millionen €, um sich über ein Kabelnetz von 141,9 km Länge und ein Freileitungsnetz von 18,2 km Länge den wirtschaftlich interessanten Kreis der Mittelspannungskunden mit rund 35 Mio. kWh Absatz zu erschließen. Auch konnten damit Optionen zur Verbesserung der Einkaufskonditionen im zwischenzeitlich liberalisierten Strommarkt gesichert werden.

Eine zahlenmäßig eindrucksvolle Veränderung im Stromnetz Steinhagens findet man bei der Anzahl der Trafostationen. Waren es 1956 lediglich 6, sind es 2003 dagegen 143.

II. Die Wasserversorgung

Eine unternehmerisch organisierte Wasserversorgung in Steinhagen begann im Jahr 1936 mit der Gründung der Wassergenossenschaft „Heimchen“. Die Versorgung der Bürger mit Trinkwasser geschah davor aufgrund der ländlichen Lage Steinhagens in erster Linie durch eigene Hausbrunnen. Die erste Trinkwasserleitung wurde zunächst für gut 20 Hausanschlüsse geplant. Bei der eigentlichen Inbetriebnahme waren es aber schon 36 „Genossen“, die an dieses Netz angeschlossen werden wollten. Die wasserrechtliche Genehmigung vom 1. Februar 1938 berechtigte zur Förderung von maximal 30 Kubikmeter Wasser durch die Genossenschaft pro Tag bei fünf angeschlossenen Brunnen. In der Folgezeit wuchs das Netz jedoch rasch. Die Gemeinde Steinhagen selbst trat im Juli 1939 mit einer Einlage von 5.000 Reichsmark der Genossenschaft bei. Im November 1947 ließen sich bereits mehr als 100 Hausanschlüsse zählen. Bedenkt man die ursprüngliche Fördermenge, nimmt es nicht Wunder, dass die

Förderanlagen immer wieder überlastet waren und chronische Wasserknappheit zur Regel wurde. Das Pumpenhaus erfuhr 1948 eine Erweiterung, auch beantragte die Genossenschaft eine Baugenehmigung für eine Chloranlage zur Wasseraufbereitung, um für Notlagen gewappnet zu sein. Die gesamte Versorgung litt wegen des schnellen Ausbaus unter dauerndem Finanzmangel, so dass dringend etwas geschehen musste.

Im April 1952 sah man sich gezwungen, die Preise drastisch zu erhöhen. Neben einem Baukostenzuschuss von 400 DM pro Anschluss wurden nunmehr eine Zählermiete von 2,50 DM und eine Grundgebühr von 2,50 DM pro Vierteljahr erhoben. Der Kubikmeter Wasser kostete jetzt je nach Verbrauch zwischen 35 und 40 Pfennigen. Im selben Jahr ergab eine Prüfung des Staatlichen Gesundheitsamtes zahlreiche Mängel. Zudem förderten die Brunnen mittlerweile 60 bis 70 Kubikmeter pro Tag, an Spitzentagen sogar über 100 und somit dreimal so viel wie ursprünglich genehmigt. Augenscheinlich war die Genossenschaft mit der Wassererzeugung überfordert und beschloss deshalb im November des Jahres einstimmig sich aufzulösen. Bis dahin sollten aber noch weitere Monate vergehen. Erst Ende 1954 wurde das Wasserwerk in den Eigenbetrieb der Gemeinde Steinhagen eingegliedert und das Vermögen mit allen Aktiva und Passiva übertragen. Die Bilanzsumme betrug damals knapp 48.000 DM, das Wasserversorgungsnetz hatte eine Länge von gut 5,6 Kilometern. Über 169 Hausanschlüsse wurden rund 200 Familien versorgt.

1960 erhöhte die Gemeinde den Wasserpreis auf 45 Pfennige pro Kubikmeter. Bis 1965 stieg die tägliche Entnahme auf 300 Kubikmeter. Um diesen hohen Wasserbedarf überhaupt noch ansatzweise decken zu können, griff man außerhalb der Betriebszeiten der Firma Florex an der Waldbadstraße auf deren Wasserkapazitäten zurück. Der Textilproduzent verfügte über eine eigene Wasserförderanlage am Bußberg mit Wasserrecht. Von einer Übergabestation an der Bergstraße wurde Trinkwasser in das Versorgungsnetz der Gemeindewerke Steinhagen eingespeist. Bis 1984 blieb das Wasserwerk Heimchen am Netz und wurde dann durch das leistungsfähigere Wasserwerk Patthorst ersetzt.

Das Wasserwerk Heimchen als größte Einheit steht hier nur beispielhaft für eine ganze Reihe von Kooperationen und Initiativen, die sich die Gewinnung und Versorgung mit Trinkwasser zur Aufgabe gemacht hatten. In Brockhagen gab es beispielsweise neben der gemeindlich aufgebauten Wasserversorgung auch einen eigenständigen „Wasserbeschaffungsverband Brockhagen“, der die sogenannte Schlesier-Siedlung versorgte. Auch dieser Verband litt unter finanziellen Schwierigkeiten und wurde bei der Gebietsreform 1970/73 in die Wasserversorgung Steinhagen integriert.

Die Vorplanungen zu einem neuen Wasserwerk mit einer größeren Fördermenge liefen bereits im Jahre 1960 an. Man suchte zunächst nach ausreichenden oberirdischen Quellen auf Grundstücken der Firma Schlichte und Vollmer. Nachdem dies aber nicht von Erfolg gekrönt war, fand man zwischen 1961 und 1963 die geeigneten wasserführenden Schichten in der Patthorst. Es dauerte dann noch weitere acht Jahre, bis 1971 der erste Abschnitt des heutigen Wasserwerkes Patthorst mit vier Brunnen in Betrieb gehen konnte und sich damit das Problem der Wasserknappheit in Steinhagen erheblich entschärfte. Von da an konnte erst mit dem Aufbau einer zentralen und einheitlichen Wasserversorgung in Steinhagen begonnen werden. Bereits 1975/76 wurde das Wasserwerk Patthorst um vier weitere Brunnen erweitert. Mit Beginn der 90-er Jahre erfolgten erste Modernisierungsmaßnahmen und Brunnenerneuerungen. Die Wasserabgabe entwickelte sich kontinuierlich und stieg von 295.000 Kubikmeter 1971 auf 991.000 Kubikmeter 2006. Der Bestand des Wasserwerkes ist mit der im Jahre 2006 erfolgten Verlängerung der wasserrechtlichen Genehmigung von der Bezirksregierung in Detmold für weitere 30 Jahre gesichert.

Das Leitungsnetz, das 2006 eine Länge von inzwischen rund 170 Kilometern aufwies, schleppte aus der Zeit des Aufbaus ein gravierendes Problem mit sich: Die damals überwiegend verwendeten Graugussrohre sorgten einerseits mit ihren Ablagerungen und den damit einhergehenden Rostfärbungen des Wassers für Ärgernisse beim Wäschewaschen, andererseits konnten sie bei auftretenden Belastungen im Boden aufgrund ihrer Materialzusammensetzung leicht brechen. Die herausragende

Leistung der vergangenen Jahre war es deshalb, den Gesamtbestand dieser Leitungen zu ermitteln und systematisch auszutauschen. Diese Arbeiten konnten im Jahre 2006 abgeschlossen werden.

III. Die Fernwärmeversorgung

In den Jahren 1965/66 plante die Gemeinde Steinhagen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus die Errichtung von mehrgeschossigen Häusern an der Schumann- und Johannes-Brahms-Straße. Hierzu beauftragte sie ein Schweizer Architekturbüro. In der Schweiz wurden zu jener Zeit mehrgeschossige Mietwohnungshäuser zum Berg hin gebaut, während die eingeschossigen Wohneinheiten ihren Platz dazwischen im Tal fanden. Auf diese Vorstellungen setzte die Gemeinde nun auch bei der Bebauung dieses Gebietes. So entstanden zwei Reihen mehrgeschossige Mietwohnungsbauten der Kreiswohnstättengemeinschaft Halle/Westfalen und zwischen diesen eingeschossige Wohnbauten. Im Nachhinein befürchtete die Gemeinde, dass bei einer Heizung der zwischen den mehrgeschossigen Bauten „eingekesselten“ niedrigen Wohneinheiten mit Erdöl erhebliche Rauch- und Geruchsbelästigungen für die Bewohner in den Hochbauten entstehen könnten: das Konzept einer Fernwärmeversorgung entstand. Die separate Beheizung der Siedlung wurde komplett durch eine zentrale Wärmeversorgung ersetzt. Bei der Realisierung dieses Vorhabens musste auch die Frage geklärt werden, ob das Heizwerk mit Koks oder mit Erdöl befeuert werden sollte. Aus Wirtschaftlichkeitserwägungen entschied man sich für Öl und übertrug der Deutschen Shell AG 1972 die Betriebsführung des Fernheizwerks in einem bis Juni 1997 laufenden Vertrag.

Die wesentlichen finanziellen Lasten aus der Investition von rund 2 Millionen DM verblieben bei der Gemeinde Steinhagen. Diesen Belastungen stand nur eine unzureichende, von der Wärmeabgabe abhängige Pacht gegenüber. Die Gemeinde Steinhagen war deshalb an einem weiteren Ausbau der Fernwärme nicht interessiert. Ursprünglich sollten rund 600 Wohneinheiten an das Heizwerk angeschlossen werden. Da der Gemeinderat die Bebauungspläne noch änderte, reduzierte sich allerdings die Anschlusszahl auf 240 Einheiten in den Jahren 1978/79. Dies führte zu einer Auseinandersetzung mit dem Betreiber, der Ansprüche auf eine

Pachtreduzierung geltend machte. Der Streit wurde erst 1981 beigelegt. Zum damaligen Zeitpunkt war der Gemeinde Steinhagen aber bereits klar, dass das Heizwerk nach Ablauf des Vertrages mit der Shell AG in eigener Regie weitergeführt werden musste. Auf Beschluss des Rates wurde das Heizwerk einschließlich Fernwärmenetz an die Gemeindewerke Steinhagen für 1,6 Mio. DM verkauft.

Neben dem Kauf der Anlage konnte die Wärmeversorgung in Steinhagen neue Kunden erschließen. Im Matthias-Claudius-Haus wurde mit einem Blockheizkraftwerk und zwei Niedertemperaturkessel eine „Wärmeinsel“ geschaffen. Der Eigenbetrieb verkaufte nunmehr Fernwärme statt Gas. Ein zweites, baugleiches Blockheizkraftwerk wurde im Hallenbad installiert. Man stellte damit zwischen den Bäderbetrieben, die zum 1. Januar 1999 vom Eigenbetrieb übernommen wurden, und der Energieversorgung eine technisch wirtschaftliche Verknüpfung her, die in der Folgezeit für erhebliche steuerliche Entlastungen sorgte.

Zur weiteren Optimierung der Wärmeerzeugung fand 2002 eine komplette Erneuerung des alten Heizwerkes statt. Die Kesselanlage sowie die gesamte Regelung wurden auf einen zeitgemäßen, modernen Stand gebracht und auf das umweltfreundliche Erdgas umgestellt. Öl kommt jetzt nur noch bei extremen Kältespitzen zum Einsatz, um die Gasspitzen zu reduzieren.

IV. Die Erdgasversorgung

Der Aufbau der Erdgas-Versorgung in Steinhagen geht auf die Initiative der Stadtwerke Bielefeld zurück. Dabei entstanden für das neue Leitungsnetz hohe Investitionskosten. Die Energiekrisen der 70-er Jahre sowie die extrem saubere und umweltschonende Verbrennung förderten die Akzeptanz von und den Wechsel zum Erdgas. Die Verbraucher genossen die Vorteile unter anderem einer günstigeren Kesselwartung und geringerer Russbildung.

Der Bau der ersten Gasanlagen erfolgte 1971 am Oberen Steinweg und in der Waldbadstraße. Dort wurde auch als erster Industriekunde, das Produktionsunternehmen Gronemeyer & Banck angeschlossen, das von Brackwede nach Steinhagen umzog. Eine große Anschlusswelle gab es 1979/80 mit über hundert neuen Anschlüssen. Nach einer spürbaren

Beruhigung bis etwa 1987 mit jährlich höchstens 30 Anschlüssen, verdoppelte sich die Anzahl schlagartig ab 1988 bis 1994 und stieg in der Spitze auf über hundert Neuanschlüsse pro Jahr an. Diese Entwicklung wurde auch durch umfangreiche Erschließungen neuer Baugebiete getragen.

Zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 1996, begannen intensive Verhandlungen des Eigenbetriebs Steinhagen mit den Stadtwerken Bielefeld um die Übernahme des Erdgasnetzes. Der Konzessionsvertrag hatte eine Laufzeit bis zum 30. Juni 1997. Nach einer wirtschaftlichen und technischen Prüfung und unter Abwägung der Chancen, die man sich mit dem weiteren Ausbau des Leitungsnetzes erarbeiten konnte, einigten sich die Stadtwerke Bielefeld und der Eigenbetrieb auf eine Übernahme zum 1. Oktober 1997. Die Gemeinde erwarb für rund 14 Millionen DM ein rund 50 Kilometer langes Rohrnetz mit 921 Hausanschlüssen und sechs Gasregler- und zwei Übernahmestationen.

Die in den folgenden Jahren erzielten positiven wirtschaftlichen Erfolge bestätigten die Übernahmeentscheidung. Mit Hochdruck wurde das Netz weiter ausgebaut und die Anschlussdichte erhöht. Im Jahr 2006 war das Netz schon 86,5 Kilometer lang und die Anzahl der Hausanschlüsse hat sich, dank zahlreicher neuer Baugebiete, in denen überwiegend auf Erdgas als Wärmeträger zurückgegriffen wurde, erhöht. Wichtig für die Gemeindewerke Steinhagen war ein günstiger Gaspreis für die Kunden. Er sollte trotz der Übernahme des Gasnetzes das Preisniveau der Stadtwerke Bielefeld nicht übersteigen.

V. Die Bäderbetriebe

Das „Gewässer“ an der Waldbadstraße wurde schon früh als Schwimmbad genutzt. Vor dem 2. Weltkrieg diente es als Betriebsbad der Firma Dornbusch. Bereits die erste Dienstanweisung unter der Regie der Gemeinde Steinhagen vom Juli 1949 für das Waldbad zeugte von einem regen Schwimmbetrieb. Neben einem Kartenverkäufer für die schon damals üblichen Tages- und Dauerkarten konnten die Dienste einer Garderobenfrau in Anspruch genommen werden. Der Schwimmmeister hatte neben der allgemeinen Aufsicht auch die wichtige Aufgabe der Schwimmausbildung.

Er sollte „Jugendliche und junge Erwachsene auf die gesundheitlichen Schädigungen bei zu sehr ausgedehntem Baden“ hinweisen. Spätere Badeordnungen lassen erkennen, dass das Bad von den Badegästen gut genutzt wurde. Es entstanden umfangreiche bauliche Anlagen wie Einzäunungen, ein Badebecken mit Schwimmer-, Sprung- und Nichtschwimmerbereich, Wechselzellen, Massenumkleideräume und sogar eine Wohnung für den Schwimmmeister. Öffnungszeiten im Zeitraum von Mitte Mai bis Mitte September von jeweils 7 bis 21 Uhr bei der entsprechenden Witterung waren in den 50-er Jahren gang und gäbe. Die Gemeinde Steinhagen investierte regelmäßig in das Bad. Der Pachtvertrag, der den Betrieb zwischen 1953 und 1967 sicherstellte, zeugte davon. Die jährliche Pacht betrug 2.000 DM. Neben den Eintrittsentgelten wurde seit Anfang der 50-er Jahre eine Kioskpacht von 200 DM pro Saison vereinbart. Erst 1970 wurde die Pacht auf 2400 DM pro Saison angehoben.

Düstere Wolken zogen Mitte der 70er Jahre über dem Waldbad auf. Die Nutzung als Freibad sollte beendet werden, so dass schon Angelvereine nach einer Pachtmöglichkeit für das Restgewässer anfragten. Ende 1975 war die Unsicherheit zumindest vorübergehend verflogen und 15.000 DM für dringend notwendige Unterhaltungsarbeiten im Haushalt bereitgestellt. Somit war auch im folgenden Jahr der Badebetrieb möglich. Das Johanniswerk war zwischenzeitlich Eigentümer des Grundstücks geworden. Es hatte der Gemeinde den vorläufigen Betrieb des Waldbades unter Auflagen bis zum Bau eines neuen Freibades zugesagt. Anfang der 70er Jahre wurde das heutige Hallenbad gebaut. Hiermit wurden Planungen eines neuen Freibades neben dem Neubau erwogen. Am Cronsbach blieben die Renovierungsmaßnahmen des Waldbades immer nur oberflächlich. Die Baumängel stellten sich deshalb schon bald als so gravierend dar, dass Badegäste vereinzelt sogar durch verrottete Stege brachen.

Nicht zuletzt eine erfolgreiche Unterschriftenaktion im Juni 1978, an einem Wochenende waren allein über 1000 Unterschriften für das Freibad gesammelt worden, erhöhte den politischen Druck, das Waldbad zu erhalten. Man tat sich in der Politik und Verwaltung angesichts des gerade in der Endphase befindlichen Planungs- und Entscheidungsprozesses um

den Neubau des Rathauses schwer, auch noch das Projekt „Neues Freibad“ in Angriff zu nehmen, zumal hierfür keine Fördergelder zu erwarten waren. Erst 1981 kristallisierte sich der Weiterbetrieb des Waldbades heraus. Der Sanierungsbedarf wuchs von zunächst geschätzten 110.000 DM auf schließlich 330.000 DM. Die Neugestaltung wurde am 6.6.1983 abgeschlossen.

Das Bad erfreute sich trotz seines schlechten Zustandes vor der Sanierung eines großen Besucherinteresses. Für das Jahr 1982 wurden noch 42.000 Besucher registriert. Im Jahr darauf waren es 45.000 Besucher. Diese Zahlen wurden in der jüngeren Vergangenheit nicht mehr erreicht. In den vergangenen Jahren kamen pro Saison zwischen 25.000 und 35.000 Besucher. Ob dieser Rückgang, wie viele vermuteten, an der Wiedereinführung von – zwar moderaten – Eintrittspreisen lag oder es eher sein könnte, das mit der Abschaffung von Eintrittsentgelten im Jahre 1978 die Besuchererfassung eine Sache des Augenmaßes war, bleibt ungeklärt.



Freizeitvergnügen im Steinhagener Waldbad

Nach der Übertragung der Bäderbetriebe auf den Eigenbetrieb im Jahr 1999 wurde das Naturfreibad-Konzept konsequent weiterverfolgt. Der vorläufige Höhepunkt war die Verleihung der „Blauen Flagge“ im Jahre 2001 als Auszeichnung für eine besonders erhaltenswerte und ökologisch hochwertige Binnenland-Badestelle.

Die Planungen für ein eigenes Hallenbad in Steinhagen mündeten in einen Bauschein mit Datum vom 20. Juni 1969. In Betrieb ging es im März 1972. Die anfängliche Euphorie wurde alsbald durch das Auftreten von Qualitäts- und Baumängeln abgelöst. Schon sechs Jahre nach Inbetriebnahme war die Fußbodenheizung im Umkleidebereich komplett verrostet und musste ausgetauscht werden. Anfang der 80er Jahre begann das Dach undicht zu werden, das Wasser floss eimerweise in die Innenbereiche. Teile der abgehängten Decke drohten wegen der ständigen Feuchtigkeit im Dach abzustürzen, kurzzeitig drohte die Zwangsschließung. Wegen der unbrauchbaren bzw. nicht mehr wirksamen Isolierung im Dach stieg der Energieverbrauch. Die zuständigen Ausschüsse in der Gemeinde beschäftigten sich jahrelang mit Konzepten zum energieeffizienteren Betrieb des Bades. Gleichzeitig veränderte sich die Bäderlandschaft im Einzugsgebiet und die Mobilität der Kunden nahm zu, so dass man sich ab Mitte der 80er Jahre auch Sorgen um die Attraktivität machte. Einiges, was damals eingeführt wurde, hat noch heute Bestand: unbeschränkte Badezeit, Spielstunden für Kinder, Bahnenabtrennung für die Sportschwimmer. Dagegen wurden die Disco-Nachmittage und die musikalische Unterhaltung wieder eingestellt. Auch bauliche Änderungen und Erweiterungen wurden erwogen. Letztmalig diskutierte man im Jahre 1993 über eine umfassende Freizeitorientierung des Bades. Aber angesichts der nicht abschätzbaren Folgekosten wurden die Umbaupläne in Höhe von 5,4 Mio. DM schnell begraben.

Die Verwaltung des Mangels und die Improvisationen waren dann durch die Einbringung der Bäderbetriebe in den Eigenbetrieb/ Gemeindewerke Steinhagen im Jahre 1999 vorbei. In den folgenden drei Jahren wurde für rund 3 Mio. DM das Hallenbad renoviert. Neben der materiellen Sanierung wurde aber auch die Bäderbetriebsorganisation einer grundlegenden kritischen Prüfung unterzogen, um auch hier Kosten zu senken. Die Sanierung wird 2007 mit der Erneuerung des Umkleide- und

Kassenbereiches abgeschlossen. Die voraussichtlichen Kosten betragen rund 600.000 Euro. Die Steinhagener haben dann ein gut renoviertes Hallenbad, dessen Bestand vorerst gesichert ist.

Die Gemeindewerke Steinhagen reichen mit ihren Wurzeln weit zurück. In der Zeit der Gebietsreform Anfang der 70-er Jahre wuchs durch die Zusammenlegung ehemals eigenständiger Gemeinden Amshausen, Brockhagen und Steinhagen zur Gemeinde Steinhagen auch der Eigenbetrieb Gemeindewerke Steinhagen. Die Strom- und Wasserversorgung von Brockhagen und Steinhagen bildeten die neuen Gemeindewerke Steinhagen. Nach dem Auslaufen des Konzessionsvertrages der Stadtwerke Bielefeld mit der ehemaligen Gemeinde Amshausen zum 31. Dezember 1989 wurde die Niederspannung von den Stadtwerken Bielefeld erworben. Grundlegend war ebenfalls die Berufung eines hauptamtlichen Werkleiters zum 1. Januar 1996. Mit der Liberalisierung des Strommarktes ab 1998 veränderte sich die Versorgungslandschaft. Aus der Monopolversorgung wurde ein freier Marktzugang für Wettbewerber ermöglicht. Die Gemeindewerke reagierten auch mit organisatorischen Änderungen. Der „Eigenbetrieb“ wurde in eine GmbH umgewandelt. Nach dem Gesellschaftervertrag stellt der Rat der Gemeinde den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss fest. Ferner beschließt er über die Ergebnisverwendung. Auch bestellt er den Geschäftsführer. Die direkten Einflussmöglichkeiten des Rates auf die Geschäftspolitik, die Preisgestaltungen wurden auf den Aufsichtsrat übertragen. Am 12. Mai 2004 wurde durch Ratsbeschluss mit Wirkung vom 1. Januar 2004 die GmbH gegründet. Die Gemeindewerke gehören zu 100 % der Gemeinde und werden durch einen Aufsichtsrat beaufsichtigt. Die Handlungsspielräume sind damit größer geworden, was in einer veränderten Wirtschaftswelt notwendig ist. Damit sind die Weichen dafür gestellt, dass den Steinhagenern auch in Zukunft kostengünstig Energie, Trinkwasser und Wärme direkt aus einer Hand ins Haus geliefert wird.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, Depositum H.W.Schlichte F 147,
Akten Stromerzeugung

Stadtwerke Bielefeld

Verträge mit den Gemeindewerken Steinhagen und Fotografien

Stadtarchiv Halle/ Westfalen

Bestand Kreis Halle Nr. C 1301 „Die Versorgung der Gemeinde Steinhagen
mit elektrischer Energie“ 1925 - 1938

Heckert, Uwe (Bearb.), 100 Jahre Stromversorgung in Halle (Westfalen)
1898-1998, herausg. von den Technischen Werken Osning GmbH. Halle
(Westfalen) 1998

Niemeyer, Friederike, Kraftfutter kommt unter den Hammer – In der Mühle
an der Ströher Straße wird noch Korn gemahlen, in: Westfalen-Blatt vom
18. Juni 2003

Stuckhard, Peter/ Gräfenstein, Heinrich (Hrsg.), Damit es hell und warm
ist... . Geschichte der Stadtwerke Bielefeld. Bielefeld 2000

Interview mit Johanna Cronsholl, 96 Jahre, Steinhagen, am 9. Juni 2007

Interview mit Kurt Hermjakob, früherer Betriebsleiter des Eigenbetriebs
Steinhagen, am 31.1.2007

Interview mit Ewald Kindermann, 95 Jahre, gebürtig in Obersteinhagen,
heute wohnhaft in Bielefeld-Quelle, am 12. Mai 2007

Interview mit Winifred Schlichte, Steinhagen, am 31.1.2007